

Immofinanz: Wildes Geldringenspiel um Phantomanleihe

25.01.2010 | 18:40 | (Die Presse)

Immofinanz und Constantia haben sich verglichen, aber die davon betroffene "IBAG-Anleihe" wird wohl noch Gerichte beschäftigen: Sie ist ein Phantom, ihre vermeintliche Existenz sollte nur zur Verlustverschleierung dienen.

wien (ju). Mit einem in der Vorwoche abgeschlossenen (aber juristisch noch nicht verbindlichen) Vergleich zwischen der Immoeast und der Constantia BV ist die leidige Sache um 520 „verschundene“ Millionen aus einer Anleihe der früheren (im Einflussbereich der Turnauer-Holding Constantia B.V. gestandenen) Immofinanz Beteiligungs AG (IBAG) zwar kommerziell halbwegs gelöst. Juristisch aber wohl noch lange nicht.

Denn die berühmte Anleihe, die in offiziellen Stellungnahmen noch jetzt als „IBAG-Bond“ bezeichnet wird, dürfte es tatsächlich nie gegeben haben. Wie aus der „Presse“ vorliegenden Sachverhaltsdarstellungen und Beschuldigtenvernehmungen im Fall Immofinanz hervorgeht, soll es sich dabei lediglich um eine Verschleierungsaktion für verheimlichte Transaktionen mit Immofinanz- und Immoeast-Aktien gehandelt haben, deren Kursverluste bei korrekter Verbuchung die Constantia Privatbank um fast ihr gesamtes Eigenkapital gebracht hätten.

Zuerst die offizielle Version: Die IBAG begibt im Mai 2007 eine 900-Mio.-Euro-Anleihe, die von der Immoeast gezeichnet wird. Ein Teil davon wird zurückgeführt, 520 Mio. Euro bleiben „verschunden“. Eine Garantie der Constantia B.V., der Holdinggesellschaft der Turnauer-Erbin Christine de Castelbajac, wird schlagend. Castelbajac vergleicht sich mit der „neuen“ Immofinanzgruppe und zahlt 350 Mio. Euro, für deren Aufbringung sie ihre Constantia Packaging mehrheitlich verkaufen muss.

Rührend, aber nicht ganz realitätsnahe, wie alle Beteiligten (für die natürlich die Unschuldsvermutung gilt) seit Langem wissen.

Denn schon im Dezember 2008 gibt IBAG-Aufsichtsrat Christian Nowotny, der sich in dieser Funktion von den großen „Playern“ in der Affäre offenbar ein wenig missbraucht sieht), in einer Sachverhaltsdarstellung an Staatsanwalt Norbert Haselhofer (beziehungsweise in einer „Ergänzung“ dazu) zu Protokoll, dass es „eine Anleihe nie gegeben hat“, sondern dass vielmehr „über die IBAG als Transferstelle Buchgeldtransaktionen an Banktöchter und Dritte getätigt worden sind und eine Anleihe im Mai 2007 damit nicht in Einklang zu bringen ist“.

Belasteter Aufsichtsrat

Diese Transaktionen hätten bereits 2004 begonnen und sich über die Jahre dahingezogen. Die Anleihe sei, wie es wörtlich heißt, „zur Tarnung verwendet“ worden. Die damaligen Vorstände und Aufsichtsräte der Gruppe seien davon voll informiert gewesen. Besonders pikant: Einer davon, Ex-CA-Chef Guido Schmidt-Chiari, sitzt auch im Aufsichtsrat der „neuen“ Immofinanz.

„Tarnung“ war in der Tat nötig: Das Geld, das über die IBAG an „Gesellschaften im Einflussbereich der Constantia Privatbank“ geflossen war (unter anderem 900 Mio. Euro aus einer Immoeast-Kapitalerhöhung), wurde für „erhebliche Aktienkäufe in Aktien der Immofinanz und Immoeast“

verwendet. Zeitweise soll die Gruppe so mehr als fünf Prozent an der eigenen Immobiliengruppe gehalten haben.

Überwiegend in „Kundendepots“, sodass keine Meldepflichten entstanden und die FMA nicht aufmerksam wurde. Exvorstand Karl Arco sagte in einer Beschuldigtenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft Wien, bei diesen „Kundendepots“ habe es sich um Depots von Tochtergesellschaften der Constantia Privatbank gehandelt, die, weil sie keine Finanzdienstleister waren, als gewöhnliche „Kunden“ geführt werden konnten.

2007 wurde die Sache dann haarig: Weil die Kurse fielen, saßen die „Kunden“ der Constantia Privatbank, in Wirklichkeit also die Bank selbst, auf 130 Mio. Euro Kursverlust. Bei 165 Mio. Euro Eigenkapital. Das war existenzbedrohend.

Zur Verschleierung wurde dann offenbar der IBAG-Bond ins Spiel gebracht, von dem Christian Nowotny in seiner Sachverhaltsdarstellung sagt, er sei eine Maßnahme zur „Tarnung“ gewesen.

In der Tat habe es sich bei der IBAG nur um eine „buchungsmäßige Transaktionsstelle“ zum Verdecken und nachträglichen Ausgleichen von Verlusten gehandelt, es habe da „Scheinbuchungen“ gegeben.

Zahlreiche „klar genehmigungspflichtige Geschäfte“ seien ohne Genehmigung des Aufsichtsrats der Immoeast und der Immofinanz getätigt worden. Viele seien eingeweiht gewesen, man habe damals aber einen Skandal, am Höhepunkt der Meisl-Affäre, unbedingt vermeiden wollen.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 26.01.2010)